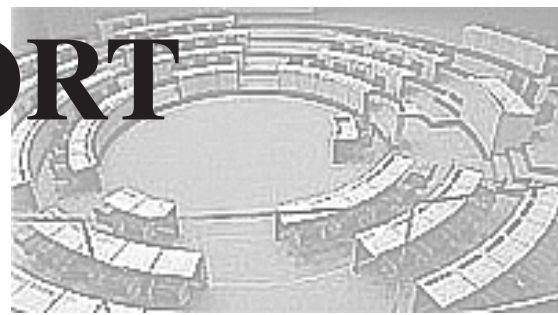


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Demokratiebewusstsein in allen Bereichen der Gesellschaft fördern

Die fünfte Legislaturperiode des Thüringer Landtags hat begonnen / DIE LINKE stark wie nie zuvor

Am 29. September konstituierte sich der 5. Thüringer Landtag, dem wiederum 88 Abgeordnete angehören, aber diesmal aus fünf Parteien – CDU (30 Abgeordnete), DIE LINKE (27 Abgeordnete), SPD (18 Abgeordnete), FDP (sieben Abgeordnete), Bündnis 90/Die Grünen (sechs Abgeordnete).

Diese Parteien-Konstellation gab es zum ersten und letzten Mal in der ersten Legislaturperiode von 1990 bis 1994. Damals allerdings war die Linke Liste/PDS mit 9,7 Prozent der Wählerstimmen in den Landtag eingezogen. Sie konnte sich seither von Mal zu Mal steigern: 1994 erreichte die PDS 16,6 Prozent, 1999 kam sie auf 21,3 Prozent, 2004 waren es dann 26,1 Prozent. Diesmal erzielte DIE LINKE ein Spitzenergebnis von 27,4 Prozent.

Zur Konstituierenden Landtagssitzung wurde Birgit Diezel (CDU), vormalig Finanzministerin in der Althaus-Regierung, mit 70 von 87 Stimmen zur Landtagspräsidentin gewählt. Als Vizepräsidentinnen bzw. -präsident wurden gewählt: Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE; ein Interview mit ihr auf S. 9), Heiko Gentzel (SPD), Franka Hitzing (FDP) und Astrid Rothe-Beinlich (Grüne).

Von einer bemerkenswerten Rede wurde selbst in den Reihen der LINKEN nach der Antrittsrede von Birgit Diezel gesprochen. Sie hatte u.a. erklärt, dass sie ihr neues Amt mit aller Entschiedenheit überparteilich zum Wohl des ganzen Freistaates ausüben wolle: „menschlich, fair, gerecht, unvoreingenommen“. Dazu gehöre es, „stets ein offenes Ohr für alle Kolleginnen und Kollegen zu haben und zugleich den notwendigen Raum zu bieten, dass alle gleichberechtigt ihre jeweils unterschiedlichen Interessen und Belange als Landtagsabgeordnete würdig vertreten können“.

Frau Diezel betonte, dass es sie „auf politische Vernunft und auf politische Kultur“ setze. „Im Stil, im Geiste, im Umgang mit den gewählten Volksvertretern und vor allem im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern sehe ich mich als Repräsentantin und als erste Dienerin des Freistaats.“

Mit dem Einzug von FDP und Bündnis 90/Die Grünen sei das Bild bunter und facettenreicher geworden, so die Präsidentin. Thüringen dürfe sich zudem glücklich schätzen, dass die Farbe „braun“ im Landesparlament fehle. Sie freue sich, dass die Thüringer Wählerinnen und Wähler auf diese Demagogen nicht hereingefallen seien.

„Wir Demokraten sollten aber gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Das Grundgesetz hat sich als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik zur wertbezogenen und wehrhaften Demokratie bekannt. Wir Demokraten müssen zusammen-

Landtag hin zum Bürger. Stärken wir die Teilnahme des Bürgers durch transparente Politik. Wir brauchen den Dialog mit dem Bürger und wir müssen die Menschen mitnehmen. Daher sehe ich eine meiner wichtigsten Aufgaben als Landtagspräsidentin darin, nahe

– von der Kita bis hin zur Erwachsenenbildung – zu fördern. Demokratie entsteht im Kopf. Daher müssen wir vor allem die junge Generation für gesellschaftliches und politisches Engagement begeistern. Ohne Zweifel der anspruchsvollste Weg, Demokratie zukunftssicher zu machen.

Hier sehe ich die große Chance unserer jungen Abgeordneten, gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Wichtig ist mir, dass unser Parlament die Themen, die bei den Menschen eine Rolle spielen, diskutiert, und das transparent und verständlich.

Wenn wir dann auch noch tragfähi-



Die 27 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nach der am 29. September stattgefundenen konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags: Petra Enders, Dr. Karin Kaschuba, Bodo Ramelow, Dieter Hausold, Sabine Berninger, Susanne Hennig, Dr. Birgit Klaubert (unter Reihe, von links), Margit Jung, Dr. Gudrun Lukin, Birgit Keller, Ina Leukefeld, Knut Korschewsky, Karola Stange, Jörg Kubitzki, Manfred Hellmann, Heidrun Sedlacik, Martina Renner, Katharina König, Katja Wolf (mittlere Reihe, v.l.). André Blechschmidt, Ralf Hauboldt, Frank Kuschel, Mike Huster, Michaela Sojka, Dr. Thomas Hartung, Matthias Bärwolff, Tilo Kummer (obere Reihe, v.l.).

Übrigens hat keine der nunmehr fünf Fraktionen des Thüringer Landtags einen solch hohen Frauenanteil wie DIE LINKE. Hier sind 15 der 27 Abgeordneten Frauen. Dem Landtag insgesamt gehören 34 Frauen an, was einem Anteil von 39 Prozent entspricht.

stehen. Keine Freiheit den Feinden der Freiheit – das ist die Devise unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Geiste des Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung“, erklärte Frau Diezel.

„Wichtig ist mir, dass unser Parlament die Themen, die bei den Menschen eine Rolle spielen, transparent und verständlich diskutiert. Wenn wir dazu tragfähige Lösungen finden, dann wird es uns gelingen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und zu erhalten. Öffnen wir also noch mehr als bisher den Thüringer

bei den Menschen zu sein, ihnen zuzuhören, auf ihre Wünsche einzugehen und ihre Kritik ernst zu nehmen“, so die neu gewählte Landtagspräsidentin. Birgit Diezel wies auf die gesunkene Wahlbeteiligung hin und erklärte: „Wenn wir eine aktive demokratische Gesellschaft, wenn wir den mündigen, engagierten Bürger wollen, wenn wir Partei- und Politikverdrossenheit überwinden wollen, dann müssen wir als Volksvertreter den Hebel an mehreren Stellen ansetzen: Unsere wichtigste Aufgabe ist es, Demokratiebewusstsein in allen Bereichen der Gesellschaft

ge Lösungen finden, dann wird es uns gelingen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und zu erhalten. Dann wird auch den Menschen klar werden, dass Politik nicht in Talkshows, sondern im Parlament gemacht wird dass das Parlament der zentrale Ort politischer Debatte und Meinungsbildung ist, dass hier also über die Zukunft eines Landes entschieden wird.“

Schließlich sei „das Image eines Landes eng mit dem Ansehen des Landesparlamentes verbunden“, so Diezel weiter.

KURZ UND PRÄGNANT

Kreisgebietsreform

MdL Frank Kuschel forderte insbesondere die SPD auf, sich in den Fragen einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform nicht hinter die Positionen zu begeben, die bereits in der Enquetekommission gemeinsam mit der LINKEN entwickelt wurden. Auch die Wirtschaftsverbände und Bürgermeister und Oberbürgermeister verlangen eine solche Reform, so verfolgt die IHK ein Konzept für die Landkreise, das dem Regionalkreisvorschlag der LINKEN sehr ähnlich ist. Erst jüngst hatte auch der Oberbürgermeister von Jena zügige Reformen gefordert. Zudem sollten die CDU-Landräte sich nicht weitere fünf Jahre einer konstruktiven Diskussion um eine Verwaltungs- und Gebietsreform verweigern. „Ein Festhalten an den gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen ist jedoch völlig inakzeptabel“, betonte der Linkspolitiker. ■

Gemeinsames Lernen?

Als „Salto rückwärts und eindeutigen Bruch von Wahlversprechen“, bezeichnet Bodo Ramelow, Spitzenpolitiker der LINKEN, das Einklinken der SPD gegenüber der CDU in Bildungsfragen. Selbst die von der SPD seit langem geforderte Gemeinschaftsschule werde offenkundig nur als freiwilliges Modellprojekt angelegt und in einigen wenigen Regionen Thüringens umgesetzt. „Die Gemeinschaftsschule ist mit dem jetzt gültigen Schulgesetz bereits voll umsetzbar. Offenkundig hat die SPD im Machtrausch auch ihre Vorstellung von einem modernen und chancengerechten Schulsystem geopfert, anstatt aus PISA zu lernen und für bessere Bildungschancen für alle Schüler zu sorgen. Sie versagt bei ihrem eigenen Anspruch und kommt beim Beseitigen der Chancenungleichheit des gegliederten Schulsystems kein Stück voran.“ ■

Erst recht Mindestlohn

Den am 1. Oktober in Erfurt streikenden Mitgliedern der Gewerkschaft IG BAU hatte Ina Leukefeld, Landtagsabgeordnete, solidarische Grüße der LINKEN überbracht. Mit dem Warnstreik sollen Tariferhöhungen von 8,7 Prozent im Reinigungsgewerbe erreicht werden. Gerade angesichts der Entscheidung der SPD, Koalitionsverhandlungen mit der CDU zur Bildung einer gemeinsamen Landesregierung zu führen, stehe DIE LINKE an der Seite der Beschäftigten im Niedriglohnbereich. „Jetzt erst recht kämpfen wir für einen gesetzlichen Mindestlohn“, so Ina Leukefeld nach dem Verzicht der SPD auf eine Kernforderung aus deren Landtagswahlprogramm. Die Fraktion wird dazu ein Mindestlohn- und Vergabegesetz im Landtag einbringen. ■

Für ehrliche Politik und nicht verlogene Hinterzimmerstrategien

Bodo Ramelow: Die SPD hat nur einen Buhmann für ihr Ausstiegsszenario gesucht

Medienandrang wie nie zuvor herrschte auf der kurzfristig anberaumten Pressekonferenz mit (MdL) Bodo Ramelow und (MdL) Knut Korschewsky am 1. Oktober in der Landtagsfraktion der Thüringer LINKEN.

In der Nacht zuvor hatte der SPD-Landesvorstand mit 18 zu sechs Stimmen nach stundenlangem Diskussion beschlossen, aus der Sondierung mit der LINKEN und den Bündnisgrünen auszusteigen und Koalitionsgespräche mit der CDU aufzunehmen. Dass Christoph Matschie in anschließenden Presse-Statements auch noch versuchte, den Schwarzen Peter für diese Entscheidung, mit der er seine Partei in die Zerreißprobe treibt, den LINKEN zuzuschreiben, hatte das Fass zum Überlaufen gebracht.

Es handele sich hier um „einen Wählerbetrug erster Klasse“, hatte der LINKEN-Landesvorsitzende Knut Korschewsky auf der Pressekonferenz betont und darauf verwiesen, dass „die Linkspartei und ihr Spitzenkandidat alle Möglichkeiten für den politischen Wechsel ausgelotet“ haben. Das völlig offene Angebot der LINKEN habe Matschie allerdings ausgeschlagen.

Dabei habe es inhaltlich bei den Sondierungsgesprächen mit SPD und Grünen „80 Prozent Übereinstimmung“ gegeben, sagte Bodo Ramelow. Aber, wo vorher noch Konsens herrschte, wurde durch die SPD plötzlich Dissens erklärt, wie bei den Themen Verwaltungsreform oder Kommunalabgabenpolitik. Ganz offensichtlich habe sie nur „einen Buhmann für ihr Ausstiegsszenario“ gesucht. Dabei hätten sich schließlich sogar die Grünen bedankt für das aufrechte Bemühen der LINKEN, sich nicht vor der Vergangenheit zu drücken.

Statisten eines unwürdigen Schauspiels

Richtig sei vielmehr, dass die SPD es zur Bedingung gemacht habe, dass sie eine mögliche rot-rot-grüne Koalition führe. Aber es gehe nicht, dass „einer sich annaht, in dieser Konstellation die Koalition zu führen“. Da könne von „gleicher Augenhöhe“ keine Rede mehr sein. „Wir waren Statisten eines unwürdigen Schauspiels“, betonte Bodo Ramelow. „Es wurde alles getan, damit keine vertrauensvolle Atmosphäre entsteht.“ Immer wieder sei Misstrauen genährt worden. Wie abgekartet dieses Spiel war, werde nicht zuletzt daran deutlich, dass alle vier SPD-Teilnehmer an den Sondierungsgesprächen schon gleich wussten, welchen Ministerposten sie in der Koalition mit der CDU bekommen (wie es hieß: Christoph Matschie – Kultus, Heike Taubert – Soziales, Matthias Machnig – Wirtschaft, Holger Poppenhäger – Justiz).

„Ich stehe für eine ehrliche Politik und nicht für verlogene Hinterzimmerstrategien“, unterstrich Ramelow. Und:

Es sei traurig, dass die SPD gerade dabei sei, dort, wo sie vor 150 Jahren gegründet wurde, politischen Selbstmord zu begehen. Sie komme aus ihrer selbst gestellten Falle – Stichworte: Hartz IV, Afghanistan-Einsatz nicht heraus.

Schon die ersten Ankündigungen Matschies nach seiner Pro-CDU-Entscheidung zeigten: Statt einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, kommt ein Appell an Wirtschaft und Unter-

liches Zeichen für ein linkes Bündnis zu setzen. Da ein solches Treffen nach den SPD-Regularien nicht vorgesehen ist, können dort aber keine bindenden Beschlüsse gefasst werden. Währenddessen will der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Walter Pilger, Vorsitzender seiner Partei im Unstrut-Hainich-Kreis, an dem Plan festhalten, mit einem Sonderparteitag die Festlegung auf eine rot-schwarze Koalition zu kip-



nehmen, Tariftreue einzuhalten. „Dabei wollten wir Stundenlöhne von 3,98 Euro unterbinden“, erinnerte der LINKEN-Politiker die SPD an ihre Versprechen. Es werde außerdem zu einer „Zementierung des Gymnasiums ab Klasse fünf“ kommen, und „statt freies Schließen für alle Grundschüler soll es eine Armenspeisung nach Bedürftigkeitsprüfung geben“.

Bodo Ramelow, der demnächst bei der Neuwahl des Fraktionsvorstands Oppositionsführer der LINKEN im Landtag wird, kündigte auf der Pressekonferenz an, dass seine Fraktion alle SPD-Wahlankündigungen als parlamentarische Initiativen in den Landtag einbringen wird. „Wir stehen weiterhin für mehr Demokratie und einen Politikwechsel.“

SPD-Basis rebelliert gegen Matschie-Entscheidung

Nachdem es bereits durch die Jungsozialisten in der Nacht der Matschie-Entscheidung Protest hagelte, positionierten sich immer mehr Gegner dieses Kurses. Ex-SPD-Landeschef Richard Dewes bezeichnete Matschie als „politischen Scharlatan“. Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein will zu einer SPD-Basisversammlung am 10. Oktober nach Erfurt einladen. Wie die Nachrichtenagentur dpa am 5. Oktober schrieb, vermutet er, dass in seinem Kreis vier von fünf Mitgliedern gegen eine Zusammenarbeit mit der CDU sind. Die Versammlung soll der Basis die Möglichkeit geben, ein deut-

liches Zeichen für ein linkes Bündnis zu setzen. Da ein solches Treffen nach den SPD-Regularien nicht vorgesehen ist, können dort aber keine bindenden Beschlüsse gefasst werden. Währenddessen will der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Walter Pilger, Vorsitzender seiner Partei im Unstrut-Hainich-Kreis, an dem Plan festhalten, mit einem Sonderparteitag die Festlegung auf eine rot-schwarze Koalition zu kip-

pen. Ein solcher Parteitag könnte von 10 der 23 Kreisvorsitzenden erzwungen werden. Unter der Überschrift „Sieg des Klein-geistes über die Politik – SPD verspielt den Politikwechsel in Thüringen und die Chance auf Neues“ kann auf den Internetseiten der Landespartei der LINKEN ein ausführliches Papier gelesen werden, mit dem Benjamin Hoff Ausgangskonstellation, Sondierungsgespräch, Personal- und Machtfragen erörtert und einen Ausblick gibt. Hoff ist Staatssekretär für die LINKE in der Berliner Senatsverwaltung und war Mitglied des Kompetenzteams von Bodo Ramelow. Er schreibt u.a.:

„Die SPD in Thüringen hat ersichtlich nichts gelernt aus den Erfahrungen: - der schwarz-roten Koalition von 1994 bis 1999 in Thüringen, - der Großen Koalition im Bund, die am vergangenen Sonntag abgewählt wurde, - dem Niedergang der Berliner Sozialdemokratie in der Großen Koalition ab 1990, aus der sich die Berliner SPD nur durch den Befreiungsschlag zu rot-rot 2001 befreien konnte bzw. - aus dem desaströsen Verharren der sächsischen Sozialdemokratie bei 10% nach fünf Jahren schwarz-roter Koalition. (...)

Durch die SPD-Stimmen im Landtag, die SPD-Minister/-innen in der Landesregierung und die Mitarbeit des SPD-Landesverbandes bleibt die Wahlverliererin CDU auch weitere fünf Jahre an der Macht, bleiben Stillstand und unsoziale Politik, auch wenn sie im modernisierten Gewand von Frau Lieberknecht präsentiert wird.“

A. Rudolph ■

Für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen

Thüringer Landtag beschloss gemeinsame Erklärung aller fünf Fraktionen

Während der konstituierenden Landtagsitzung am 29. September wurde die „Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“ von allen im Landtag vertretenen Fraktionen verabschiedet. „Das ist ein klares Signal gegen Rechtsextremismus und eine deutliche Aussage, wie in Zukunft ein präventiv wirksames und nachhaltiges Landesprogramm auf den Weg gebracht werden kann“, sagte Dieter Hausold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Die Erklärung sei „eine gute Basis für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“. Es müsse beim Umgang mit der NPD darum gehen, „dauerhaft dem braunen Spuk den Boden zu entziehen“, sagte Hausold auch mit Blick auf ein NPD-Verbotsverfahren und die dazu notwendigen Voraussetzungen, die diese Erklärung einfordert.

Auszüge aus der Erklärung, die unterzeichnet wurde von den Fraktionsvorsitzenden: Mike Mohring (CDU), Dieter Hausold (DIE LINKE), Christoph Matschie (SPD), Uwe Barth (FDP), Anja Siegemund (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Thüringer Landtag teilt die Sorge vieler Menschen vor einem Erstarken vor allem rechtsextremer Gruppierungen, die gegenwärtig in Thüringen die größte Herausforderung für Menschenwürde, Demokratie und Freiheit darstellen. Der Landtag ist sich dabei bewusst, dass die Menschenwürde und der demokratische Verfassungsstaat nicht alleine durch Rechtsextremisten in Frage gestellt werden.

Das entschlossene Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt – gegenwärtig vor allem gegen den Rechtsextremismus – ist nicht alleine Aufgabe des Staates. Die Auseinandersetzung muss auf allen Ebenen geführt werden und mitten in der Gesellschaft mit der Aufklärung über die menschenverachtenden Ideologien beginnen, die sich hinter eingängigen Parolen, Klischees und Verharmlosungen verbergen. Hierbei sind Eltern und Erzieher,

die Schulen und Universitäten, die Jugend- und Sportverbände und Medien gefordert – aber auch alle gesellschaftlichen Organisationen sowie die demokratischen Parteien und Initiativen. Der Schutz von Demokratie und Freiheit beginnt mit dem Schulterschluss der Demokraten. Der Thüringer Landtag dankt den vielen Bürgern und zahlreichen kommunalen Initiativen, die sich seit Jahren in diesem Sinn engagieren.

Der Thüringer Landtag hält vor diesem Hintergrund fest:

1. Die Abgeordneten des Thüringer Landtags ermutigen die Bürger, für die auf der unveräußerlichen Menschenwürde fußende freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, und lassen sich in ihrer politischen Arbeit selbst an diesem Maßstab messen. Wir stehen für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen und verurteilen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und wenden uns entschlossen gegen alle Bestrebungen, durch die das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft gefährdet wird.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein neues Verbotverfahren der Bundesregierung gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu unterstützen, sobald begründete Aussicht auf einen Erfolg besteht. Es muss auch in Thüringen sichergestellt werden, dass ein Verbotverfahren nicht erneut scheitert.

3. Die Fraktionen des Thüringer Landtags sind sich einig, der NPD und vergleichbaren Bestrebungen und Gruppierungen gleich welcher politischen Richtung und Motivation entschlossen entgegenzutreten, denn:

(a) rechtsextreme Kräfte verfolgen verfassungsfeindliche Ziele. Sie sind bestrebt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu unterlaufen und stellen die Legitimität der Staats- und Verfas-

sungsordnung in Frage.

(b) Rechtsextreme Kräfte propagieren einen völkischen Kollektivismus und agieren aggressiv rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Das widerspricht der unantastbaren Menschenwürde als Fundamentalkategorie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

4. Der Landtag verurteilt alle Formen der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Denn der Beitrag der Zivilgesellschaft in dieser Auseinandersetzung wird umso glaubwürdiger sein, je unzweifelhafter ist, dass seine Träger selbst auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, auf Gewalt verzichten und für Toleranz und Weltoffenheit eintreten.

5. Der Thüringer Landtag appelliert:

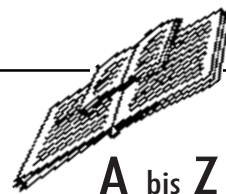
(a) an alle Verantwortlichen in Politik, Verbänden und Vereinen, ein Klima zu schaffen, das von Respekt für alle Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, sexueller Ausrichtung, Alter, Religion und Weltanschauung getragen ist.

(b) an die Sozialpartner, verstärkt für Gleichberechtigung und Antidiskriminierung einzutreten, um eine Arbeitswelt des Miteinanders zu gestalten.

(c) an alle Kirchen und Religionsgemeinschaften, weiterhin für ein Klima des Verständnisses und der Toleranz einzutreten und aufzuzeigen, wie die Würde des Menschen geschützt werden kann.

(d) an Exekutive und Justiz, alle Mittel und Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus – gegenwärtig vor allem des Rechtsextremismus – und Rassismus im Rahmen des rechtsstaatlich Möglichen auszuschöpfen und politisch motivierte Kriminalität konsequent zu verfolgen und zu ahnden.

(e) an die Landesregierung, Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln. ■



A bis Z:

Telefonüberwachung

Die derzeitige Praxis der Telekommunikationsüberwachung stellte MdL Ralf Hauboldt in Frage. Beim Einsatz dieses Strafverfolgungsinstruments müsse vor allem bedacht werden, dass so völlig unbeteiligte Leute ins Visier einer polizeilichen bzw. staatsanwaltschaftlichen Fahndung kommen können, nur weil sie telefonischen Kontakt mit der überwachten Person haben. Der LINKE-Abgeordnete kritisierte, dass aus der bundesweiten Erhebung für 2008 die Zahl der durch die Maßnahme Betroffenen nicht mehr hervorgeht. Die Statistik gebe auch keine Auskunft darüber, ob jemand zu Unrecht telefonisch überwacht wurde. Das Recht auf Schutz der Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung gebietet eine solche Information durch die Ermittlungsbehörden. Da für die statistischen Angaben zu Thüringen noch wichtige Fragen offen sind, kündigte Ralf Hauboldt eine Kleine Anfrage an die Landesregierung an. Es sei nachvollziehbar, dass die Telefonüberwachung vor allem in Bereichen wie Betäubungsmittelkriminalität oder andere Formen der organisierten Kriminalität angewendet werde. Allerdings müssten die Maßnahmen im angemessenen Verhältnis zur Straftat stehen. Insbesondere müsse kritisch geprüft werden, wie mit dem Kriterium der „Gefahr im Verzug“ umgegangen werde. Der so genannte Richtervorbehalt ist ein Verfahrensmechanismus zum Schutz von Grundrechten. ■

Wichtige Termine

Ausstellung:

BEATE DEBUS – BEWEGTER RAUM, Skulptur, Relief, Zeichnung, Grafik – so die neue Ausstellung im Thüringer Landtag in Erfurt, die bis zum 8. November öffentlich zu sehen ist. Die renommierte Südhüringer Holzbildhauerin zeigt ausgewählte Arbeiten aus ihrem beeindruckenden Gesamtwerk. Ihre Skulpturen und Reliefs, in erster Linie Figuren aus Holz, deuten ebenso wie ihre Bilder und Zeichnungen auf Grundfragen der menschlichen Existenz hin.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

www.die-linke-thl.de

Behinderte

Mit Blick auf aktuelle Medienberichte über eine Kündigungswelle, die behinderte Menschen in Thüringen immer stärker trifft, forderte MdL Karola Stange, „so schnell wie möglich mit wirksamen und abgestimmten Maßnahmen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Sozialwesen dafür zu sorgen, dass behinderte Menschen nicht die ersten Opfer der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise werden“. Sie erneuerte die Forderungen der LINKEN nach einem „Budget für Arbeit“ und nach effektiver Nutzung der Finanzmittel aus der Schwerbehindertenabgabe. Durch Unterstützungsprogramme für Arbeitgeber könne den Betroffenen der Verbleib auf dem ersten Arbeitsmarkt gesichert werden. ■

Organspende

Aus Anlass des Weltorganspendetages am 4. Oktober hat die Fraktion DIE LINKE gesetzliche Regelungen gefordert, um die Chance für Patienten auf eine Organtransplantation zu erhöhen. Während bundesweit 12 000 Menschen auf ein Organ warten, wurden in Thüringen im vergangenen Jahr 44 Organspenden durchgeführt, mehr als 400 Thüringer aber stehen auf der Warteliste. Davon warten fast 300 auf eine Niere. „DIE LINKE wird in dieser Legislaturperiode deshalb ein Transplantationsausführungsgesetz in den Landtag einbringen“, kündigte MdL Dr. Thomas Hartung an. Er kritisierte, dass die Landesregierung auch in dieser Frage in den letzten Jahren keine grundlegenden Verbesserungen auf den Weg gebracht hat. ■

Lutherjahr

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates des Kuratoriums der Luther-Dekade, nationale Ausstellungen in Berlin und Wittenberg, aber nicht am Ausgangspunkt der Reformation auf der Wartburg durchzuführen, hatte sich DIE LINKE an die Landesregierung gewandt, die nunmehr zusätzliche finanzielle Mittel für das 500-jährige Jubiläum der Reformation bereitstellen will. Dazu erklärte MdL Dr. Birgit Klauert: „Auf meine Kleine Anfrage ‚Lutherjubiläum ohne die Wartburg‘ kamen nur Allgemeinplätze als Antwort. Jetzt endlich bewegt man sich. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Der neue Ministerpräsident sei in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Wartburg bei den Planungen für 2017 fest verankert wird. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Nach Australien

In der Fraktionssitzung am 30. September verabschiedete DIE LINKE Robert Krug (im Foto mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktion André Blechschmidt). Der junge Erfurter war seit 2005 in der Fraktion und hatte hier eine Ausbildung zum Bürokaufmann absolviert. Am 5. Oktober begann seine Reise nach Australien mit einem Ein-Jahres-Visum „Work+Travel“. Das kleine Abschiedsgeschenk – ein Miniaturbuch „Erfurt für die Westentasche“ – soll ihn dabei die Heimat nicht ganz vergessen lassen. Die Fraktion wünscht ihm viel Glück und interessante Erlebnisse.



Faire Milchpreise

Kurzfristig machbare Maßnahmen, wie das Schulmilchprogramm oder den Aufkauf von Butter und Magermilchpulver durch die EU für die Entwicklungshilfe forderte MdL Tilo Kummer und erinnerte an Vorschläge der LINKEN, wie Milchmengensteuerung durch die EU und die Absage an eine Milchquotenaufstockung. „Es müssen endlich wirksame Veränderungen am Markt zwischen Produzenten, den Molkereien und Handelsketten organisiert werden. Die Beziehungen müssen transparenter und einer öffentlichen Kontrolle unterzogen werden. Es kann nicht sein, dass die Existenz von Milchbetrieben letzten Endes vom Marktbeherrschenden weniger global agierender Handelsketten abhängt. Die geringen eigenen Einflussmöglichkeiten Thüringens müssen voll genutzt werden, indem z.B. die Mittel aus dem Kulturlandschaftsprogramm KULAP ausgeschöpft werden und den Bauern in benachteiligten Gebieten zugute kommen. Oberstes Gebot muss die Sicherung der Liquidität der Betriebe sein.“ Der Besucheransturm zum ersten Thüringer Käsemarkt in Hohenfelden habe das Interesse der Thüringer Bevölkerung an einheimischen Produkten unter Beweis gestellt, aber auch, dass es an lukrativen Vermarktungsformen noch mangelt. Das Anbieten von Immobilien für „Frischemärkte unter einem Dach“ wäre eine Möglichkeit, wie sie jetzt in Erfurt diskutiert wird. ■

Ambivalentes Plädoyer aus einer Blockpartei

Die DDR-CDU und der „Brief aus Weimar“ vom September 1989

Der Weimarer Brief ist ein Schlüsseldokument zur Erneuerung der CDU an der Schwelle zur Herbstrevolution 1989 in der DDR. Er war das Startsignal zur Demokratisierung und politischen Wiederbelebung einer Blockpartei, die nahezu vier Jahrzehnte kein eigenständiger Machtfaktor gewesen war.“ Die 1995 veröffentlichte vollmundige Einschätzung fällt eindeutig aus. Sie wird freilich stark relativiert durch die Tatsache, dass sie von einer Mitautorin jenes Briefes stammt, von Christine Lieberknecht. Eines war der Brief auf jeden Fall: Die Fahrkarte für Lieberknecht in die große Politik.

Sie war 1981 als Theologiestudentin in die DDR-CDU eingetreten, damals eine allemal ungewöhnliche Entscheidung. Dieser Partei gehörten bei insgesamt 140.000 Mitgliedern gerade einmal „mehrere hundert ‚kirchliche Amtsträger‘ an, darunter auch Pfarrer“, schätzt Peter Joachim Lapp in einem Porträt der DDR-Blockparteien in der Wendezeit ein. „Die übergroße Mehrheit der Christen in der DDR hielt jedoch Distanz zur CDU“, so Lapp.

Der „Brief aus Weimar“ war laut Lieberknecht am 10.9.1989 verfasst, wurde tags darauf an Bezirks- und Kreisvorstände der CDU verschickt und während der Synodaltagung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR (einer Art „Kirchenparlament“) am 15.9. vorgestellt. Unterzeichnet hatten ihn Kirchenrat Dr. Gottfried Müller, Chefredakteur der Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, Oberkirchenrat Martin Kirchner, stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der evangelisch-lutherischen Kirche Thüringens, Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Synode des BEK, sowie Pastorin Christine Lieberknecht.

Natürlich finden sich in dem Dokument kritische Worte zur gesellschaftlichen Verkrustung in der DDR, gegen Tendenzen, „gesellschaftliche Probleme zu beschönigen oder zu verdrängen und zu tabuisieren, um Untätigsein zu rechtfertigen“. Mutig waren Forderungen nach stärkerer Beachtung des Wählerwillens, nach mehr Medienoffenheit und nach Reisefreiheit. Die Autoren warben zudem für eine größere Eigenständigkeit der CDU.

Doch solche Debatten waren in jener Zeit längst kein Alleinstellungsmerkmal der CDU. Eine Mitteilung der Staatssicherheit an Minister Erich Mielke vom 11.9.1989 berichtet über erhebliche Unruhe in der SED. Es seien „zahlreiche, vor allem langjährige Parteimitglieder, von tiefer Sorge erfüllt über die gegenwärtige allgemeine Stimmungslage unter großen Teilen der Werktätigen“, es gebe Hinweise „auf die sich häufenden Austritte bzw. angekündigten Austrittserklärungen aus der SED“, unter Mitgliedern und Funktionären werde „zum Teil scharfe Kri-

stik an der Arbeit übergeordneter Parteileitungen“ geäußert, ebenso „äußern Mitglieder und Funktionäre der SED Unwillen und Enttäuschung über die Informationspolitik.“

Der „Brief aus Weimar“ enthält das Bekenntnis zur „Kirche im Sozialismus“, ein Begriff, der auf den Beschluss einer evangelischen Synode in Eisenach 1971 zurückgeht: „Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.“ Zudem bekanteten sich die Unterzeichner zum „Demokratischen Block“, dem Parteienbündnis unter Führung der SED.

Gerade damit fiel der CDU-Brief weit hinter fast zeitgleich veröffentlichte Ansätze zurück, wie etwa des „Neuen Forum“ („nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen“), des „Demokratischen Aufbruch“ („Trennung zwischen Partei und Staat“) oder der Initiativgruppe für eine sozialdemokratischen Partei („parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität“). Dennoch wurde im SED-Politbüro offenbar kritisch über den Brief diskutiert.

Den Autoren „wurde seinerzeit der Parteiausschluss angedroht“, kolportiert der Politologe Lapp. Walter Süß weist in seinem Buch „Staatssicherheit am Ende“ auf eine handschriftliche Notiz von Egon Krenz hin, nach der Günter Mittag im SED-Politbüro geäußert habe: „Schwankende Elemente sind in der CDU (Blockpartei). Mithelfen, dass diese Leute ausgeschlossen werden“.

Nur Christine Lieberknecht blieb bis heute

Doch die Autoren hatten mächtige Gönner außerhalb von CDU und Kirche. Die Staatssicherheit meldete, wie sich bei Süß nachlesen lässt, an ihren stellvertretenden Minister Rudi Mittag, dem die Hauptabteilung XX (zuständig für Kirchen, Opposition und „Untergrund“) unterstand: „Die genannten kirchlichen Mitarbeiter sind bisher nicht als feindliche Personen angefallen.“ Generaloberst Mittag stellte auf einer Dienstkonferenz der Staatssicherheit sogar fest: „Diese Absender waren bisher progressiv in Erscheinung getreten.“ „Progressiv“ bedeutete in diesem Kontext, es habe sich um besonders staatsfreundliche Kirchenvertreter gehandelt.

Es wurde vermutet, dass sich die Haltung der Staatssicherheit vor allem auf zwei Gründe stützte. Man wollte einerseits dem „Neuen Forum“ nicht zusätzlichen Zulauf schaffen. Zudem wäre, so Süß, „ein vielversprechender Kader der Staatssicherheit seiner Wirkungsmöglichkeit beraubt worden“. Martin Kirchner stand nämlich als IM jahrelang in den Diensten des MfS, so als IME „Hesselbarth“, die Autoren Ralf Georg Reuth und Andreas Bönnte ordnen ihm noch die Decknamen IM

„Körner“ und „Franke“ zu.

Doch die einseitige Fixierung auf Kirchner wird dem DDR-„progressiven“ – also auf die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichteten – Engagement der anderen Briefunterzeichner nicht gerecht. Gottfried Müller, seit 1972 Mitglied der DDR-CDU, sei noch kurz vor der Synode mit der „Ehrennadel der Nationalen Front“ ausgezeichnet worden, schreiben Reuth und Bönnte. Martina Huhn hatte 1988 der Kirche ins Stammbuch geschrieben, man solle bei Lebensstil und Lebensgewohnheiten umdenken und „als Maßstab nicht immer den Standard der BRD annehmen“. Statt um Kritik an der DDR und Forderungen an diese müsse es „vorwiegend darum gehen, diesen Staat dort auch zu unterstützen, wo er sich um die Lösung weltweiter Probleme bemüht“, wie der Historiker Christoph Wunnicke aus einem Vortrag Huhns zitiert. Christine Lieberknecht war während ihres Theologiestudiums FDJ-Sekretärin und hatte Anfang 1988 kirchliche Initiativen gelobt, die ohne Zusammenarbeit mit Westmedien auskamen, so Wunnicke.

Dass mit dem Brief „öffentlich eine Erneuerung der Partei an Haupt und Gliedern (...) gefordert“ wurde, wie das biographische „Munzinger-Archiv“ reichlich gebläht formuliert, ist ohnehin weit übertrieben. Dass Lieberknecht mit dem Brief gar „die Loslösung der DDR-CDU von der SED forderte“, wie es ein Journalist aus Thüringen jüngst im Berliner „Tagesspiegel“ formulierte, ist eine bloße Legende.

Drei der Unterzeichner machten zunächst rasch Karriere. Gottfried Müller wurde im Dezember 1989 stellvertretender Vorsitzender der DDR-CDU, im April 1990 DDR-Minister für Medienpolitik und im Oktober 1990 für vier Jahre Landtagspräsident in Thüringen. Martin Kirchner avancierte zum aggressiven Generalsekretär der DDR-CDU, Enthüllungen über seine Stasi-Vergangenheit beendeten nach einem dreiviertel Jahr den politischen Aufstieg. Nur Christine Lieberknecht blieb bis heute, mit Höhen und Tiefen, an der Macht.

Und die DDR-CDU? „Wenn Sie glauben, dass die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind“, betonte Lothar de Maizière, wenige Tage nach seiner Wahl zum Vorsitzenden, im Interview mit „Bild am Sonntag“ am 19.11.1989. Kurz darauf kroch seine Partei flugs unter die wärmenden Fittiche von Helmut Kohl. „In unvorstellbar kurzer Zeit wurde aus der Blockpartei CDU unter Gerald Götting die zur Erneuerung bereitete Partei unter Lothar de Maizière“, wundert sich selbst Bernhard Vogel.

Stefan Wogawa



Vielfalt der Meinungen kann spannende Ideen und Debatten bringen

NACHGEFRAGT bei Dr. Birgit Klaubert, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags (DIE LINKE)

Glückwunsch zur erneuten Wahl zur Vizepräsidentin des Thüringer Landtags. Wie haben Sie die konstituierende Sitzung erlebt?

Die konstituierende Sitzung fand recht spät nach der Landtagswahl statt. Der Umstand, dass nun fünf Parteien in Fraktionsstärke in den Landtag einzogen, von denen zwei längere Zeit parlamentarisch nicht vertreten waren, hat zu größeren Problemen geführt, als ich es vermutet habe. Noch immer gibt es Unklarheiten über Raumverteilung und Ausstattung der Fraktionen. Im Landtagsgebäude wird es noch längere Zeit provisorisch zugehen. Insbesondere für die neuen Fraktionen ist das sicher schwierig. Doch auch unsere Fraktion arbeitet derzeit auf „gepackten Umzugskoffern“. Zudem gab es eine Entscheidung, dass der Landtag vier Vizepräsidenten haben soll, was ich zunächst gar nicht glauben wollte, denn auch in anderen Landtagen oder zu früheren Zeiten hatte nicht jede Fraktion das Recht, diese Ämter zu besetzen. Nun ist das gemeinsam anders entschieden worden und ich nehme es zur Kenntnis. Was mich am Tag der konstituierenden Sitzung allerdings sehr gefreut hat ist, dass wir eine gemeinsame Erklärung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus verabschiedet haben, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. Sie ist das Ergebnis der Arbeit in den vergangenen Jahren und dafür hat sich die Mühe gelohnt. Für manch andere inhaltliche Dinge trifft das leider nicht mehr zu, seitdem sich die SPD für SCHWARZ-ROT entschieden hat. Das ist aber eine andere Geschichte.

Wird die Arbeit nun schwieriger werden mit fünf Fraktionen und einem fünfköpfigen Landtagspräsidium?

Das kann ich im Moment nicht einschätzen. Ein fünfköpfiges Landtagspräsidium bedeutet natürlich, dass man sich gemeinsam abstimmt, wie die Ar-



beit organisiert wird. In allererster Linie hängt das aber davon ab, welche Entscheidung die Präsidentin trifft. Die Vizepräsidentinnen haben dabei formal sehr wenige Rechte. Nun bin ich in diesem Gremium die einzige mit Erfahrung in diesem Amt und ich möchte diese Erfahrungen sehr gerne einbringen. Das habe ich der Präsidentin angeboten und wir werden sehen, was daraus wird. Doch muss ich darauf verweisen, dass das Präsidium keine eigenen Handlungsspielräume hat, die die politischen Verhältnisse des Landtags ändern würden. Insofern wird es auch spannend werden, ob sich im Präsidium inhaltlich die

Regierungsmehrheit abbilden wird oder ob ein eigenes Selbstbewusstsein entwickelt wird. Dabei hoffe ich auf das Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen. Persönlich hatte ich immer den Wunsch, die Kollegen des Wachdienstes, des Reinigungsdienstes und eventuell auch der gastronomischen Versorgung wieder in das Personal des Landtags einzufügen. Ich wünschte, dass diese Entscheidungen Mehrheiten fänden. Weiterhin muss die Geschäftsordnung auf den Prüfstand. Und inhaltlich rege ich an, dass der Veranstaltungskalender der gesamten Legislaturperiode in gemeinsamer Beratung entsteht. Passieren solche inhaltlichen Veränderungen nicht, ist die Erweiterung des Landtagspräsidiums nur ein formaler Akt, der zudem Geld kostet.

Birgit Diezel (CDU) als neue Landtagspräsidentin hat mit ihrer Antrittsrede ein Zeichen für die politische Kultur im Hohen Hause gesetzt...

Das habe ich aufmerksam zur Kenntnis genommen und mich darüber gefreut. Es entspricht der Erwartungshaltung, die ich eben formuliert habe. Das betrifft insbesondere die Äußerungen zur Öffnung des Hauses und zur Arbeit mit Jugendlichen. Dabei kann ich ebenfalls an die Erfahrungen vergangener Jahre anknüpfen. Als wir während meiner ersten Amtszeit gemeinsame Veranstaltungen zum Gedenken an den 9. November mit seinen unterschiedlichen historischen Hintergründen vorbereiteten, war das tatsächlich das Ergebnis des Mühens aller Fraktionen. So könnte für das Jahr 2010 ein gemeinsamer Vorschlag entstehen, wie wir mit den Ju-

bilien der Volkskammerwahl, der Kommunalwahl und des Tages der Deutschen Einheit umgehen. Dabei sind Ideen gefragt, die das Würdigen der Leistungen aus dem Jahr 1990 nicht in einen formalen Festakt drängen, sondern Geschichte lebendig machen würden. Dazu müssten wir sehr schnell beraten, geht es doch dabei um Veranstaltungsformen, Gäste und auch die Einbindung von Partnern aus dem außerparlamentarischen Raum. Also: vorstellen kann ich mir viele Dinge. Ich biete meine Ideen an. Und nach dieser Antrittsrede kann die Landtagspräsidentin doch gar nicht anders, als darauf einzugehen. Ich glaube, sie hat sehr wohl überlegt, was sie sagte.

Seit 1999 – nunmehr das dritte Mal – sind Sie Vizepräsidentin des Landtags. Wie sehen Sie rückblickend diese Zeit und was wünschen Sie sich vor allem für diesen neuen Landtag und seine nunmehr fünfte Legislaturperiode?

Inzwischen staune ich selbst, wie lange ich dieses Amt schon ausübe. Dabei danke ich für das Vertrauen, welches meine Fraktion mir entgegenbringt. Am Beispiel meiner SPD-Kollegin Birgit Pelke habe ich gesehen, dass man ein Amt gut führen kann und dann doch nicht mehr dafür vorgeschlagen wird. Kommentieren will ich das nicht, doch ich verweise darauf, dass wir als „politisches Frauentrio“ uns immer engagiert haben, damit die parlamentarische Arbeit reibungslos läuft und der Landtag so offen wie möglich war. Wir haben unsere politischen Unterschiede offen ausgesprochen und trotzdem als Präsidium zusammengewirkt. Nun sind die Karten neu gemischt worden und in der neuen Legislaturperiode ist die Arbeit unter den veränderten Bedingungen neu zu organisieren. Die Konturen für diese Arbeit konnte ich zunächst nur für mich beschreiben, mit den anderen Kolleginnen und Kollegen gab es noch zu wenig Zeit zur Abstimmung. Was aber bleiben muss, ist der Konsens aus der konstituierenden Sitzung, alles zu tun, dass der menschenfeindlichen Politik der rechtsextremistischen Parteien immer eine deutliche Abfuhr erteilt wird. Zudem gibt es die große Chance, dass die Vielfalt der Meinungen der fünf Fraktionen und eben auch der fünf Präsidiumsmitglieder spannende Ideen und Debatten hervorbringt. Die Landtagsarbeit kann durchaus lebendiger werden und das wünsche ich mir auch für alle Veranstaltungen, für die der Landtag Gastgeber ist. Und außerdem wünsche ich mir, dass wir schnell eine gute Idee für das nächste Schülerparlament haben und dass dieses Parlament nicht nur einmal tagt. Gerade die Jugendlichen sollten das Recht haben, in einer Folgeveranstaltung zu überprüfen, was aus ihren Vorschlägen geworden ist. Kurz gefasst wünsche ich mir, dass der Landtag einen wichtigen Beitrag für Demokratie und politische Kultur leisten kann und will.

(Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph)

Gesetzentwurf der LINKEN zur Abschaffung der Bannmeile

Thüringen ist das einzige ostdeutsche Land, dessen Landtag ein „befriedeter Raum“ – besser bekannt unter dem Begriff „Bannmeile“ – umgibt. Damit sind Kundgebungen direkt vor dem Landtag grundsätzlich verboten. Westdeutsche Bundesländer (einschließlich Berlin) sowie Bundestag und Bundesrat haben ebenfalls solche „Verbotzonen“ für Demonstrationen.

Diese Ost-West-Unterschiede (mit Ausnahme von Thüringen) haben sicherlich ihre Ursache auch in den Nachwirkungen des Herbstes von 1989. Allerdings hat Schleswig-Holstein auch keine Bannmeile um den Landtag und damit nach eigener Aussage keine negativen Erfahrungen gemacht. Unter demokratischen Gesichtspunkten mutet es seltsam an, dass Bürger ausgerechnet direkt vor „ihrer“ parlamentarischen Vertretung, in der „ihre“ Abgeordneten sitzen, nicht ihre Meinung in Versammlungen kundtun dürfen. Die Verteidiger der Bannmeile behaupten, sie sei notwendig, um dem Parlament einen von Eingriffen und Druck freien Raum für Debatten und Entscheidungen

zu geben. Faktisch bewirkt die Bannmeile, dass die Abgeordneten die gemeinsame politische Meinungsäußerung von Bürgern auf Distanz von sich halten – mit der Gefahr, sie dann auch nicht mehr wahrzunehmen.

Das Thüringer Bannmeilengesetz wurde 1991 auf Betreiben der CDU geschaffen und im September 2003 das letzte Mal geändert, als mit Beschluss der CDU-Landtagsmehrheit die Jürgen-Fuchs-Straße Teil der Bannmeile wurde. Die PDS-Fraktion brachte im November 2003 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Bannmeile ein, die SPD zog mit einem inhaltsgleichen Gesetzentwurf nach. 1995, zu Zeiten der so genannten großen Koalition mit der CDU, war die SPD anlässlich einer von dieser Koalition beschlossenen Gesetzesänderung als Befürworterin der Bannmeile aufgetreten. Es gehe, so meinte die SPD damals, um eine praktikable Lösung für Polizei und Justiz.

Auch zu Beginn der fünften Wahlperiode des Thüringer Landtags erneuert die PDS/LINKE-Fraktion in einem Gesetzentwurf ihre Forderung nach Abschaffung

der Bannmeile und greift damit den roten Faden von 1991, 1995 und 2003 wieder auf. „Die Aufrechterhaltung der Bannmeile verletzt zudem das Engagement derer, die sich in der DDR für Demonstrations- und Meinungsfreiheit eingesetzt haben und für ihre Überzeugungen vielfach enormen Repressionen ausgesetzt wurden. Das Landesparlament stellt sich damit auch außerhalb der Traditionen bürgerrechtlichen Engagements zu DDR-Zeiten. Dem selbst gesetzten Anspruch des Thüringer Landtags auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann man nur dadurch gerecht werden, dass die Abgeordneten beschließen, die Bannmeile um das Parlament abzuschaffen“, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs der LINKEN. Auch die SPD hat einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Bannmeile eingereicht. Diese Drucksache ist auf den 29. September 2009 datiert. Nicht einmal 48 Stunden später kündigte die SPD öffentlich an, mit der CDU in Koalitionsverhandlungen zu treten.

Sandra Steck

Klangvolles Zeichen gesetzt, dass Kultur kein Nischenthema sein kann

Kulturinitiative Thüringen lud zum Konzert, um die Landespolitik auf neue Töne einzustimmen

Unter dem Motto „Wort halten – Kulturland Thüringen stärken“ fand am Montag, 28. September, am Vorabend der konstituierenden Sitzung des neuen Thüringer Landtages, in der vollbesetzten Thomas-Kirche in Erfurt ein besonderes Konzert statt: Mehr als 100 Musiker spielten unter der Leitung von Walter E. Gugerbauer, Generalmusikdirektor an der Oper Erfurt, Wagners Vorspiel zu den „Meistersingern

men aller Parteien das „Kulturland Thüringen“ beschworen worden. „Wir wollen einstimmen auf neue Töne in der Kulturpolitik und vielleicht auch auf eine neue Kultur im Freistaat“, hatte zu Beginn Andre Störr, Vorsitzender der Initiative, betont. Darum haben sie „alle 88 neuen Landtagsabgeordneten zum Konzert eingeladen. Auch wenn sich die meisten davon entschuldigen ließen, haben wir ein klangvolles Zei-

der Peter Mittmann gefragt: „Sind wir mit unserer Kultur geschlagen, erschlagen oder begreifen wie sie als Kapital, das zu einem Markenzeichen Thüringens fortzuentwickeln ist?“ An die Landtagsabgeordneten gewandt, ermutigte er sie, „nachdrücklicher denn je für die Kultur einzutreten“.

Die Kulturinitiative schreibt weiter: „Das Konzert am Beginn der Legisla-

Auch das noch!

Unter dieser Rubrik spießt Stefan Wogawa kurz, bündig und satirisch die wichtigen und weniger wichtigen Dinge des Lebens auf:

Vertrauen

Das SPD-Wahlplakat hatte einen tieferen Sinn. Auf dem mit einem grinsenden Matschie-Kopf garnierten Aushang prangte der Text: „SPD – Neue Kraft für Thüringen oder weiter Stillstand mit der CDU“. Was die Wähler nicht wissen konnten: das Fragezeichen war vergessen worden. Es sollten nicht Alternativen für Thüringen dargestellt werden, sondern Möglichkeiten der SPD. Deren Führung hat sich entschieden – dagegen, neue Kraft zu sein, für „Stillstand mit der CDU“.

Christoph Matschie, großer Vorsitzende der kleinen Partei, hat von „Vertrauen“ gepredigt, als er seine Präferenz für die CDU begründete. Um das besondere Vertrauensverhältnis der künftigen Partner SPD und CDU zu illustrieren, habe ich in Landtagsprotokollen geblättert:

„Sie reden den ganzen Tag schon so einen Blödsinn“, Mike Mohring, CDU-Fraktionschef, zu Christoph Matschie, dem SPD-Amtskollegen, 27.10.2008. „Ihnen, Herr Mohring, will ich noch mal sehr deutlich sagen: Sie versuchen die Thüringer für dumm zu verkaufen, aber ich sage Ihnen eins: Dieser Versuch wird scheitern“, Christoph Matschie, 14.11.2008. „Nur gut, dass die SPD auch bei PISA nicht geprüft wurde, auch dort hätten sie nur den Thüringer Durchschnitt gesenkt“, Mike Mohring, 11.12.2008. „Bei Ihnen ist längst die Luft raus, Herr Mohring“, Christoph Matschie, 29.1.2009. „Fakt ist eines, eher wird man Straftäter in Thüringen und wird nicht aufgeklärt als dass man einen Sozialdemokraten in Thüringen findet, der gute Politik macht“, Mike Mohring, 18.6.2009. „Die CDU in Thüringen können wir uns nicht mehr leisten, dieses Experiment ist danebengegangen“, Christoph Matschie, 18.6.2009.

Vertrauen werde durch Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Authentizität begründet, definiert der Management-Berater Hans Rudolf Jost. Auf die jetzt beginnende Vertrauens-Travestie von Matschie und Mohring darf man gespannt sein.



von Nürnberg“ und Beethovens 7. Sinfonie in A-Dur. Die Musiker dieses „Megafusionsorchesters“ (Thüringische Landeszeitung) kamen aus allen zehn Thüringer Kulturorchestern.

Gemeinsam mit der Kulturinitiative Thüringen (KIT) wollten sie ein Zeichen setzen für eine neue Kulturpolitik in der anstehenden 5. Legislaturperiode des Thüringer Landtages, schließlich war in den Wahlprogram-

men gesetzt, dass Kultur künftig kein Nischenthema sein kann, sondern in die Mitte der Gesellschaftspolitik gestellt werden muss“, heißt es auf der Internetseite der Initiative (www.erhalten-thueringens-kultur.org). Wobei hier zu ergänzen ist, dass eine ganze Reihe Vertreter der LINKEN zu dem einzigartigen Konzert gekommen waren, unter ihnen ihr Spitzenpolitiker Bodo Ramelow.

In seinem Vorspruch hatte KIT-Grün-

tur ist von Seiten unseres Vereins auch ein Angebot zum Dialog an die Landespolitik. Wir wünschen uns nun den schnellen Eintritt in einen breiten und öffentlichen Diskurs zur künftigen Kulturkonzeption. „Kultur ist unser Kapital“, heißt es im derzeitigen Thüringer Landeskulturkonzept. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist das sicher keine besonders passende Assoziation. Möge das neue Konzept mit den Worten beginnen: ‚Kultur ist uns ein Grundbedürfnis‘.

Dass Kultur auch ein Genussmittel sein kann, zeigte unser Konzert eindrucksvoll. Mit stehenden Ovationen dankte das Publikum einer wirklich mitreißenden Darbietung durch die Musiker, die mit sichtlicher Spielfreude und unter dem engagierten Dirigat Walter E. Gugerbauers für ein besonderes Hörerlebnis sorgten.“

Fotos: A. Rudolph

Ausschreibung: Mitarbeiter/in im RedRoXX

Das offene Jugendbüro RedRoXX der Linken Thüringen in Erfurt sucht einen neue(n) hauptamtliche(n) Mitstreiter/Mitstreiterin, der/die gute Kenntnisse in der Computertechnik, Anwendung von Software mit Fertigkeiten und guten Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit verbinden kann. Linkes politisches Engagement und Teamfähigkeit sind Voraussetzungen für einen Einstieg im RedRoXX. Die Unterstützung alternativer/linker (Jugend)strukturen und die parlamentarische Interessenvertretung junger Menschen bieten ein abwechslungsreiches Tätigkeitsprofil. Der Bewerbermensch sollte eine abgeschlossene Berufsausbildung haben und in ein vorwiegend von jungen Menschen frequentiertes Büro passen.

Arbeitsort: Offenes Jugendbüro RedRoXX – 99084 Erfurt, Pilsbe 29
www.redroxx.de

Arbeitsverhältnis: Wahlkreismitarbeiter/in von Matthias Bärwolff und Susanne Hennig, MdLs, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, befristet bis Ende der 5. Legislatur des Thüringer Landtages, Zweidrittel-Stelle nach § 7 Thüringer Abgeordnetengesetz.

Beginn: Dezember 2009

Aussagefähige Bewerbungen werden bis zum 23.10.2009 erbeten an:

Susanne Hennig, Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Erfurt 99096 oder an hennig@die-linke-thl.de

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Ralf-Dieter May
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.